

413/I

K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Spalowsky und Genossen an den Herrn Staatssekretär für Verkehrswesen, betreffend den Betrieb der Wiener Stadtbahn.

Die desolaten Verkehrsverhältnisse in Wien sind für die erwerbstätige Bevölkerung dieser Stadt eine schwere Belastung. Die Wiener Straßenbahn konnte schon früher den Anforderungen des verkehrenden Publikums nur teilweise genügen, seit der vor einem Jahre infolge der Kohlennot verfügten Einstellung der Wiener Stadtbahn ist die Straßenbahn genötigt, auch jenen zu dienen, welche früher die Stadtbahn benutzen konnten. Durch den sich daraus ergebenden Ansturm auf die Straßenbahn ist diese gar nicht mehr in der Lage, den an sie gestellten Anforderungen genügen zu können. Die einzelnen Züge der Straßenbahn sind trotz weitestgehender Überfüllung nicht in der Lage, alle Personen zu befördern, die beruflich gezwungen sind, ein Fahrmittel in Anspruch zu nehmen.

Die Wiener Stadtbahn steht still und sie ist deswegen der Benutzung durch die Bevölkerung Wiens entzogen. Dieser Zustand ist aber auch für die an dem Betriebe der Stadtbahn finanziell interessierten drei Kurien (Stadt, Land und Staat) ein ungeheurer Nachteil. Denn bedeutende Summen für die Verzinsung und Amortisation sowie die ungeheuren Erhaltungskosten müssen aufgebracht werden, ohne daß nur ein Heller eingenommen wird.

Von dem überwiegenden Teile der Wiener Bevölkerung wird jedoch der Stillstand der Wiener Stadtbahn deswegen auch bitter empfunden, weil der Zonentarif der Stadtbahn es ermöglichte, kürzere Strecken um einen billigeren Fahrpreis zurück-

zulegen. Gegenüber dem vom fiskalischen Standpunkt allein zu rechtfertigenden Einheitstarif der Wiener Straßenbahn ist der Zonentarif der Stadtbahn ein notwendiges Korrektiv und deshalb wäre die Inbetriebsetzung der Wiener Stadtbahn auch ein wirksames Mittel gegen die fiskalische Tarifpolitik der Wiener Straßenbahn.

Aus allen diesen Gründen wäre demnach alles zu versuchen, was den Betrieb der Wiener Stadtbahn wieder ermöglichen könnte. Besonders muß versucht werden, den Kohlenmangel durch Verwendung von Ersatzbrennstoffen zu beheben. Es könnte, wie dies bei vielen Bahnen in Österreich und in der Schweiz bereits geschehen ist, die Holzfeuerung eingeführt werden. Aber auch die Verwendung anderer Ersatzbrennstoffe wäre in Betracht zu ziehen.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

„Ist der Herr Staatssekretär geneigt, zu veranlassen, daß der Betrieb der Wiener Stadtbahn eventuell unter Benutzung anderer Brennstoffe als Kohle ehestens wieder aufgenommen werde, um dadurch der Verkehrsnot in Wien abzuhelpen und zugleich das weitere Stillliegen von Millionenwerte repräsentierenden Anlagen und Betriebsmitteln zu verhindern?“

Wien, 29. September 1920.

Seipel.

Dr. Hildegard Burjan.

L. Rumschaf.

J. Spalowsky.

Matth. Partik.

Dr. A. Maier.

Dr. Weiskirchner.